

In: Gas & Wärme | Am: 16.09.2019 - 17:31 | von Karsten Wiedemann

## Fernwärme

# Kohleausstieg in Berlin bis 2030 möglich



Die Fernwärmeversorgung in Berlin soll kohlefrei werden. (Foto: Christian Seelos)

**Berlin (energate) - Durch eine stärkere Nutzung von Erdgas und erneuerbaren Energien kann das Land Berlin in der Fernwärmeversorgung bis 2030 auf Steinkohle verzichten. Die zeigt eine aktuelle Machbarkeitsstudie. Nötig ist allerdings der Bau eines neuen Gaskraftwerkes.** Das vorgestellte Konzept ist Ergebnis einer Machbarkeitsstudie, die das Beratungsunternehmen BET gemeinsam mit dem Berliner Senat und dem Energiekonzern Vattenfall erarbeitet hat. Eingebunden war auch ein Begleitkreis, dem Vertreter des Berliner Abgeordnetenhauses, des BUND und der Berliner Wirtschaft angehörten (energate berichtete [.<https://www.energate-messenger.de/news/179017/kohleausstieg-zwingt-land-berlin-zur-waermewende>](https://www.energate-messenger.de/news/179017/kohleausstieg-zwingt-land-berlin-zur-waermewende)).

Wie ambitioniert das Vorhaben ist, zeigt ein Blick auf die aktuellen Zahlen: Rund ein Viertel der Wärmeversorgung in der Hauptstadt stammt aus der Fernwärme, diese wiederum wird bisher zu 60 Prozent aus Steinkohle erzeugt. "Rund 25 Prozent der Berliner CO<sub>2</sub>-Emissionen gehen auf die Wärme zurück", sagte Umweltsenatorin Regine Günther (Bündnis 90/Die Grünen). In der Studie werden drei mögliche Pfade zum Kohleausstieg in der Fernwärmebereitstellung analysiert. Zwei davon gehen von einer ambitionierteren Klimapolitik und höheren Sanierungsraten im Gebäudebestand aus, einer von einem "Weiter-so-Szenario".

Der Kohleausstieg ist in allen drei Optionen bis 2030 möglich, die Unterschiede liegen in der Nutzung der Alternativen zur Kohle. Diese soll etwa durch eine optimierte Müllverbrennung, die Umstellung eines Kraftwerkes auf Biomasse sowie die Nutzung von Wärme aus Abwasser ersetzt werden. Geprüft und verworfen wurde eine stärkere Nutzung der Solarthermie, weil es im Stadtgebiet dafür keine Flächen gibt. Zusammengenommen könnten diese Instrumente 40 Prozent des Kohleanteils ersetzen.

## Ohne Gas geht es nicht

Der Löwenanteil, 60 Prozent, muss aber durch stärkere Nutzung von Erdgas erfolgen, die aktuell einen Anteil von 22 Prozent an der Fernwärmeversorgung hat. "Ohne Gas geht es nicht", betonte Umweltsenatorin Günther. Dies habe die Analyse der vergangenen beiden Jahre gezeigt. Vorgesehen ist der Neubau eines Gaskraftwerkes am Standort Reuter. Das Problem: Da dort kein Gasanschluss existiert, müsste eine zusätzliche Gasleitung von 20 bis 30 Kilometer Länge von Brandenburg in die Hauptstadt gebaut werden. Für einen ambitionierten Klimaschutzpfad, also ein Emissionsziel von minus 95 Prozent bis 2050, schlägt die Studie den Bau einer hybriden Gas-KWK-Anlage vor, die mit einem Wärmespeicher und einer Power-to-Heat-Anlage gekoppelt werden könnte. Das Kraftwerk sollte dabei, so die Studie, wasserstoff-ready sein.

Zu den Kosten finden sich in der Studie keine genauen Angaben. Klar ist aber, dass die Fernwärme im Zuge der Umstellung teurer wird. Für eine Zwei-Zimmer-Wohnung in einer ungedämmten Wohnung sollen die Mehrkosten bei rund 147 Euro pro Jahr liegen. Studienautor und BET-Gründer Michael Ritzau sprach von einem bezahlbaren, technisch anspruchsvollen Konzept. "Für eine vollständige Dekarbonisierung sind aber weitere Schritte notwendig."

Ob und wann aus dem Konzept konkrete Schritte bei Vattenfall folgen, wollte Tanja Wielgoß, Vorstandsvorsitzende von Vattenfall Wärme Berlin, nicht sagen. Sie sprach von einem kontinuierlichen Prozess. Dazu zähle die Abschaltung der Kohleverfeuerung in Reuter sowie die Inbetriebnahme einer Power-to-Heat-Anlage am gleichen Standort im September (energate berichtete [.<https://www.energate-messenger.de/news/188205/vattenfall-testet-neuen-salzspeicher>](https://www.energate-messenger.de/news/188205/vattenfall-testet-neuen-salzspeicher)). In einem Zeitrahmen von zehn Jahren sei der Bau eines

Kraftwerkes und einer Gasleitung möglich, dafür brauche es aber auch die Unterstützung der Stadtgesellschaft, so Wielgoß.

## Verlängerung KWK-Gesetz erforderlich

Ohne geänderte Rahmenbedingungen auf Bundesebene wird das Vorhaben wohl auch nicht gelingen. Sowohl der Energiekonzern als auch das Land Berlin setzen auf bundespolitische Maßnahmen wie die Einführung eines CO2-Preises, Instrumente zur Förderung von Gebäudesanierungen sowie eine Verlängerung des KWK-Gesetzes bis zum Jahr 2030. Sie verweisen dabei nicht zuletzt auf Empfehlungen der Kohlekommission. /kw

Zur Gasmarkt-Webseite [Der monatliche Branchenreport energate Gasmarkt](#) informiert Sie über die wichtigsten Entwicklungen im deutschen und internationalen Gasmarkt.

---

**Copyright:** energate-messenger.de  
**Kontakt:** ener|gate GmbH  
(redaktion@energate.de)

**Jegliche Verwendung für den nicht-privaten, kommerziellen Gebrauch bedarf der schriftlichen Zustimmung.**

Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [info@energate.de](mailto:info@energate.de).